

**ALEXANDER SCHWEITZER**

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



## **SPD-Fraktion *direkt***

Ausgabe 2015 | 11

17.04.2015

### **INHALT**

<b>ZUR LAGE</b>	<b>2</b>
<b>ZUR WOCHE</b>	<b>3</b>
<b>RHEINLAND-PFALZ WIRD IMMER SICHERER</b>	<b>3</b>
<b>LEAPS SOLLEN RHEINLAND-PFÄLZISCHE INNENSTÄDTE ATTRAKTIVER MACHEN</b>	<b>3</b>
<b>BÜROKRATIEABBAU BEI FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG</b>	<b>4</b>
<b>FORTSETZUNG DER KVR AUF DEM WEG</b>	<b>4</b>
<b>DIE SPD- FRAKTION BEI FACEBOOK</b>	<b>5</b>
<b>ZAHLEN UND FAKTEN</b>	<b>7</b>

**SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE**

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION  
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ  
[www.spdfraktion-rlp.de](http://www.spdfraktion-rlp.de)

## ZUR LAGE

### ***Liebe Genossinnen und Genossen,***

wenn dieser Newsletter erscheint gibt es den Mindestlohn in Deutschland seit über 100 Tagen. Er tut Deutschland gut – und er tut Rheinland-Pfalz gut.

Der Mindestlohn hat bei mehreren Millionen Menschen in Deutschland zu einem Plus im Geldbeutel geführt. Er hat für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. Anders als teilweise behauptet, hat er nicht zu größeren Preissteigerungen und Arbeitsplatzverlusten geführt. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns war das zentrale Anliegen der SPD und er ist eines der größten Reformvorhaben Deutschlands der letzten Jahrzehnte. Er hat das Land deutlich vorangebracht, Deutschland profitiert von ihm.

Zur Umsetzung des Mindestlohns ist die SPD-Landtagsfraktion frühzeitig mit Vertretern der Wirtschaft, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Sports, des Ehrenamts und der Bauern- und Winzerverbände in einen offenen Austausch getreten. Bei den durchgeführten Mindestlohn-Dialogen im Februar und März hat sich gezeigt, dass es keine generellen Vorbehalte gegen den Mindestlohn gibt. Lediglich zu einzelnen Details bezüglich der Mindestlohn-Umsetzungsbestimmungen bestehen unterschiedliche Auffassungen oder sind Fragen zu beantworten.

Zur Wahrheit gehört auch, dass manche Kritik am Mindestlohngesetz unsachlich ist. Denn von der CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz monierte Regelungen wie die wahrheitsgemäße Dokumentation der Arbeitszeiten sowie die Einhaltung der Arbeitszeitbegrenzung galten bereits vor Einführung der Lohnuntergrenze in Deutschland.

Es ist klar: Vom Mindestlohn profitieren nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch viele Arbeitgeber. Denn im Wettbewerb der Unternehmen sorgt der Mindestlohn für mehr Gerechtigkeit und Fairness. Vorher hatten dies zum Teil Dumping-Löhne verhindert.

Der Mindestlohn ist sozialpolitisch geboten und wirtschaftlich vernünftig.



**Alexander Schweitzer**

## ZUR WOCHE

### ***Rheinland-Pfalz wird immer sicherer***

Immer weniger Straftaten, immer mehr Aufklärungserfolge durch die Polizei und ein deutlicher Rückgang bei der Gewaltkriminalität: Dies sind die Fakten der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2014, die **unser Innenminister Roger Lewentz** vorgestellt hat. „Die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz können sich in ihrem Land sicher fühlen“, betont daher **unser polizeipolitischer Sprecher, Wolfgang Schwarz**.

Seit Monaten versucht die CDU-Fraktion, ein Bild von Rheinland-Pfalz an die Wand zu zeichnen, dass die Sicherheitspolitik versagt habe und das Land unsicher sei. Jetzt steht es schwarz auf weiß fest: Die Horrorszenarien sind mit den objektiven Zahlen völlig unvereinbar. Die Opposition sollte endlich aufhören, mit ihren parteitaktischen Manövern für Verunsicherung in der Bevölkerung zu sorgen, nur um sich selbst zu profilieren.

Besonders erfreulich sind die neuen Zahlen zur Gewaltkriminalität, seit Jahren geht sie deutlich zurück. Zwar bleibt jeder Einzelfall einer zu viel. Dennoch zeigt sich, dass die gute Arbeit der Polizistinnen und Polizisten sowie die vielfältigen Präventionsmaßnahmen offensichtlich wirken. Für die SPD-Fraktion ist klar: Der Einsatz für die innere Sicherheit darf nicht nachlassen, stetige Anstrengungen aller Beteiligten sind notwendig.

Einen Überblick der wichtigsten Zahlen aus der Kriminalstatistik gibt es ab Seite 7 in dieser Ausgabe des Newsletters.

### ***LEAPs sollen rheinland-pfälzische Innenstädte attraktiver machen***

Mit einem neuen Landesgesetz wollen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN Engagement bei der Aufwertung von Stadtquartieren fördern. In anderen Bundesländern gibt es die sogenannten Business Improvement Districts (BIDs) bereits, nach dem Willen der rot-grünen Koalition bald auch in Rheinland-Pfalz. Die Vorstände der beiden Fraktionen haben die Eckpunkte eines Landesgesetzes für **„Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAP)“**, wie die BIDs in Rheinland-Pfalz heißen sollen, bereits beschlossen. Durch das Landesgesetz wird es lokalen Initiativen ermöglicht, in abgegrenzten kommunalen Bereichen wie einzelnen Vierteln, Plätzen oder Straßen eine verpflichtende

Abgabe zur Aufwertung des Quartiers zu erheben. **Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** betont: „Das geplante Gesetz ist ein Baustein zur Aufwertung von rheinland-pfälzischen Innenstädten. In Absprache mit Wirtschaftsverbänden und mit den Kommunen setzt die rot-grüne Koalition damit einen wichtigen Impuls zur Steigerung der Standortattraktivität.“

Das Gesetz soll Ende April in den Landtag eingebracht werden.

### **Bürokratieabbau bei Flüchtlingsunterbringung**

Die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat beschlossen, dass künftig öffentliche Aufträge zur Ertüchtigung oder Erneuerung von Flüchtlingsunterkünften leichter erteilt werden können. Dazu erklärt **unsere integrationspolitische Sprecherin, Ingeborg Sahler-Fesel**: „Dieser Schritt ist eine praktische Hilfe vor allem für die rheinland-pfälzischen Kommunen. Die Städte und Gemeinden können künftig schneller und unbürokratischer Flüchtlingsunterkünfte renovieren, herrichten oder in Schuss bringen lassen. Einer raschen menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge wird damit der Weg bereitet.“

Künftig soll es möglich sein, viele Vergaben bis zu einer Auftragshöhe von einer Million Euro freihändig zu vergeben oder nur eine „beschränkte Ausschreibung“ durchführen zu müssen. Diese Vereinfachungen sollen ermöglicht werden für die Herrichtung von vorhandenen Gebäuden der Kommunen, des Bundes oder des Landes zur Unterbringung von Flüchtlingen. Erleichterungen gibt es ferner beim Ankauf von Wohngebäuden für die Nutzung durch Flüchtlinge und bei der Errichtung von Gebäuden in Modulbauweise.

### **Fortsetzung der KVR auf dem Weg**

Auf Initiative **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** wurde nun das weitere Vorgehen zur Fortsetzung der Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) vereinbart. In ihrer Regierungserklärung am 31. Januar 2013 hat sie die Eckpunkte skizziert, die nun Grundlage für das weitere Vorgehen wurden. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion hat Rot-Grün auf dieser Basis den Auftrag für gutachterliche Untersuchungen zur Fortsetzung der KVR verabredet. Wir streben an, auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens Rheinland-Pfalz demografiefest zu machen. Dafür soll es eine umfassende Aufgabenkritik der einzelnen kommunalen und staatlichen Ebenen geben.



Für die SPD-Fraktion ist es wichtig, dass die Zuständigkeiten, Aufgaben und Leistungen aller Verwaltungsebenen überprüft werden. In dem Gutachten soll es auch um Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und die Auswirkungen der digitalen Revolution gehen. Die avisierten Gutachten sollen unter Federführung der Verwaltungswissenschaftler Professor Jan Ziekow und dem Wirtschaftswissenschaftler Professor Martin Junkernheinrich erarbeitet werden. Die Themenbereiche umfassen unter anderem demografische Entwicklung, Finanzen, Organisation und Gesetzesfolgenabschätzung für die kommunalen Ebenen und die Landesverwaltung sowie Bürgerbeteiligung.

*Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer* führte dazu aus: „Änderungen – das ist für uns klar – können nur in enger Abstimmung mit den Kommunen vorgenommen werden. Ich bin auch auf die Reaktion der CDU-Fraktion gespannt, wenn es um die Umsetzung nicht immer populärer Vorschläge geht. Bisher hat sie sich immer weggeduckt, statt Positionen zu beziehen und Verantwortung zu übernehmen.“

### **Die SPD- Fraktion bei Facebook**

Nachdem wir bereits im Januar mit einem eigenen Profil beim Kurznachrichtendienst Twitter gestartet sind, informieren wir nun auch im sozialen Netzwerk Facebook über unsere parlamentarische Arbeit und aktuelle landespolitische Themen. Es gibt viele Fotos, Grafiken, knackige Zitate und Berichte zu entdecken. Anders als bei der Kommunikation über klassische Kommunikationskanäle wie die Fraktions-Website oder Pressemitteilungen der Fraktion soll der Facebook-Auftritt auch ein Dialogangebot an Bürgerinnen und Bürgern sein, die sich in sozialen Medien nicht nur über politische Themen informieren, sondern sich auch darüber austauschen möchten.

Der Dialog hat für die SPD-Fraktion bereits jetzt hohe Priorität. So diskutieren wir zurzeit auch im Rahmen unseres Zukunftsdialogs mit Bürgerinnen und Bürgern über die Themen von morgen. Als niedrigschwelliges Dialog- und Beteiligungsangebot bietet der Facebook-Auftritt nun die Möglichkeit, diesen Dialog im Netz fortzusetzen.

Viele Abgeordnete unserer Fraktion nutzen bereits eigene Facebook-Seiten und-Profile, um mit den Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis in Kontakt zu bleiben. Die Erfahrung zeigt: Viele nutzen die Möglichkeit, über die sozialen Medien mit den Abgeordneten direkt in Kontakt zu treten und ihre Anliegen vorzutragen.

## ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



Die Facebook-Präsenz der SPD-Fraktion findet man unter:

<https://www.facebook.com/SPDFraktionRLP>

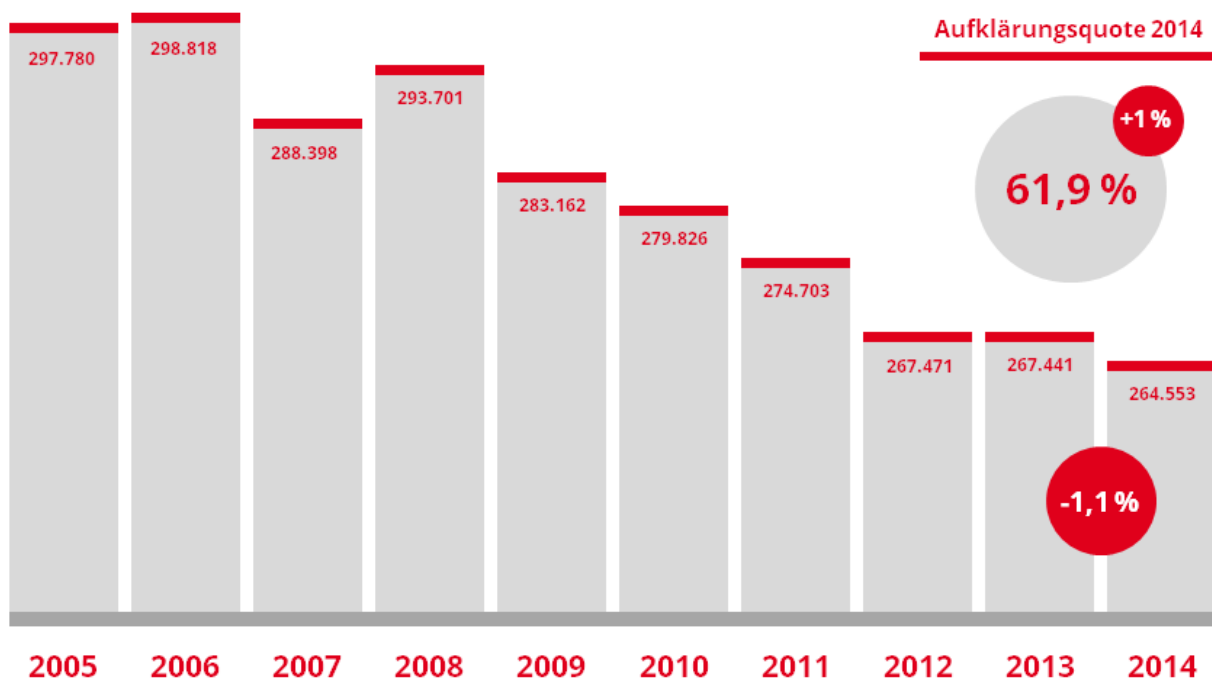
Das Twitter-Profil der SPD-Fraktion findet man unter:

<https://twitter.com/spdfraktionrlp>

## ZAHLEN UND FAKTEN

### *Rheinland-Pfalz wird immer sicherer*

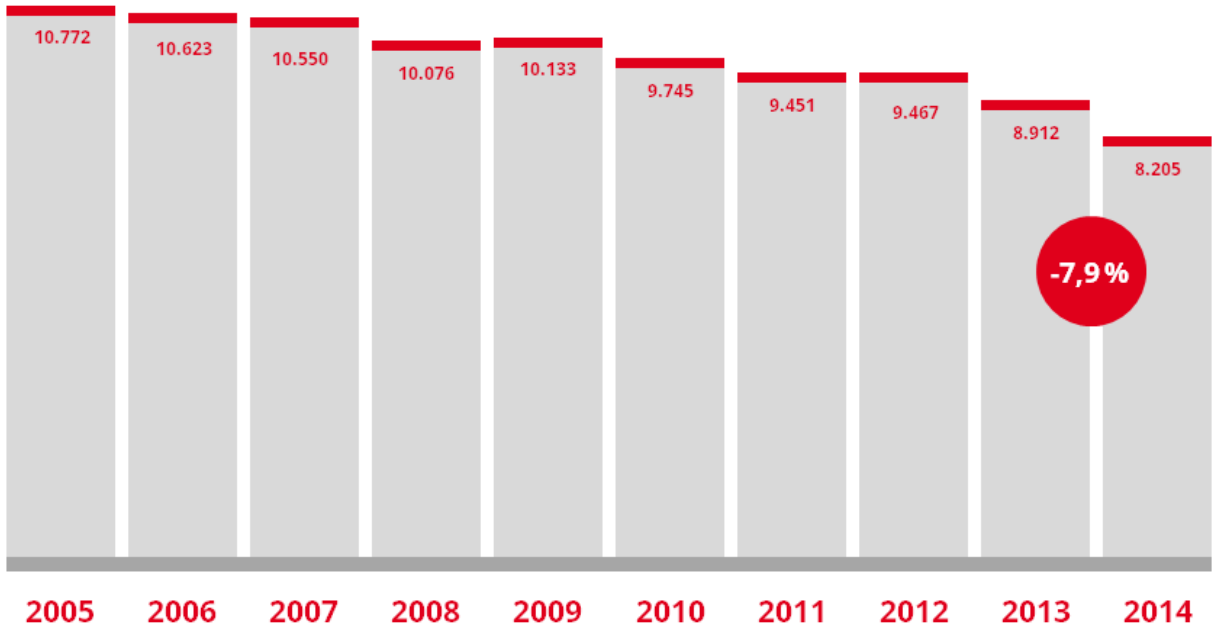
**JEDE EINZELNE IST ZU VIEL, ABER:  
DIE ZAHL DER STRAFTATEN GEHT ZURÜCK.**



(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 / Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz)



**DIE GUTE POLIZEIARBEIT UND DIE PRÄVENTIONSMABNAHMEN WIRKEN: DIE ZAHL DER GEWALTVERBRECHEN SINKT WEITER.**



(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 / Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz)